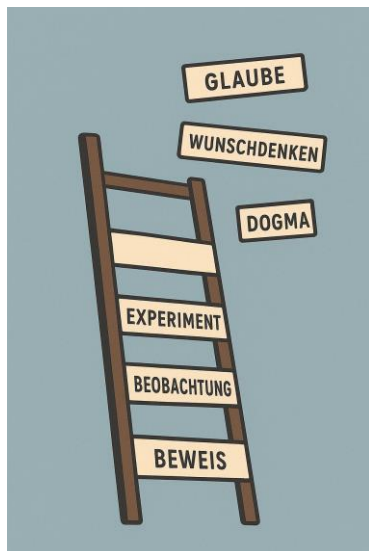


## Pressemitteilung

### Ideologie statt Wissenschaft? Fachkräfte fordern Rücktritt von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken



Köln/Bochum, 17. November 2025 – Zahlreiche Wissenschaftler: innen, Ärzt:innen, Fachberaterinnen, Sexarbeitende sowie Expert: innen im Bereich sexueller Gesundheit und Rechte haben am Samstag in Bochum deutliche Kritik an Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) geäußert. Gemeinsam fordern sie ihren Rücktritt. Die GSSG gehört zu den Erstunterzeichner:innen der Forderung.

Auslöser sind Äußerungen Warkens im ZDF-Morgenmagazin vom 13. November, in denen sie das sogenannte „Nordische Modell“ fordert, das die Inanspruchnahme von sexuellen Dienstleistungen kriminalisiert und so Prostitution verbietet.

Besonders kritisiert wurde Warken für das Ausblenden der im Juni vorgelegten Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes. Dabei handelt es sich um die bislang umfassendste Studie zu Sexarbeit in Deutschland. „Die Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist

mit der Verantwortung einer Gesundheitsministerin nicht vereinbar“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Expert:innen.

Die bei der Tagung „DSTIG special“ versammelten Fachkräfte waren zusammengekommen, um sich über Forschung zu Sexarbeit und sexuell übertragbare Infektionen auszutauschen. Sie wiesen auf umfangreiche wissenschaftliche Erkenntnisse hin, die belegen, dass repressive Maßnahmen Sexarbeitende stigmatisieren, ihre Vulnerabilität erhöhen und die Prävention von Gewalt sowie von sexuell übertragbaren Infektionen (STI) erschweren.

„Verbote wie in Schweden verschlechtern die Situation von Sexarbeitenden, statt ihre Rechte und ihre Gesundheit zu schützen“, bestätigt auch Harriet Langanke, Sexualwissenschaftlerin und Stifterin der GSSG. Sie forscht seit über zwanzig Jahren zur Sexarbeit und gehört zu den Expert:innen, die bei der wissenschaftlichen Tagung der Deutschen STI-Gesellschaft (DSTIG) forderten: „Gesundheitspolitik muss sich auf Evidenz stützen, nicht auf ideologische Leitbilder.“

Die Unterzeichnenden betonen, dass Schutz, Rechte, Selbstbestimmung und Gesundheitsversorgung von Sexarbeitenden nur dann gewährleistet werden können, wenn politische Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen sowie auf Basis aktueller Forschung entwickelt werden. „Eine Ministerin, die sich aus ideologischen Gründen gegen eine evidenzbasierte und menschenrechtsorientierte Gesundheitspolitik stellt, sollte ihr Amt niederlegen“, stimmt Langanke zu.

Kontakt für Rückfragen:

Harriet Langanke

harriet.langanke@stiftung-gssg.org

GSSG • Gemeinnützige Stiftung Sexualität und Gesundheit GmbH • Odenwaldstraße 72 • D-51105 Köln

T: + 49 (0) 221 – 340 80 40 • I: [www.stiftung-gssg.org](http://www.stiftung-gssg.org) • E: [info@stiftung-gssg.org](mailto:info@stiftung-gssg.org)

Steuernummer beim Finanzamt Köln-Ost: 218/5757/0772 • HRB 61861

Geschäftsführerin: Harriet Langanke

IBAN: DE54 3708 0040 0333 0606 00 • BIC: DRES DE FF 370

Die GSSG ist mit Bescheid des Finanzamtes Köln-Ost vom 6. Dezember 2022 erneut als gemeinnützig anerkannt.